



STANDORTinfo

NEWSLETTER DER BARMER GEK IN NIEDERSACHSEN/BREMEN

Dank Zweitmeinung eines Experten:

Jeder dritte Patient verzichtet auf Knie-OP

Jede zehnte von jährlich 15.000 Knie-Operationen in Niedersachsen ist aus Expertensicht überflüssig. Die BARMER GEK will ihren Versicherten deshalb mehr Sicherheit bieten, bevor sie sich zu einem Eingriff entschließen, und zwar durch die Zweitmeinung eines Spezialisten. Dazu hat die BARMER GEK Verträge mit ausgewählten Spezialisten abgeschlossen, die die Betroffenen über den Teledoktor der Kasse kontaktieren können. „Vor allem jüngere Patienten sollten vor einer komplizierten Knie-Operation eine Zweitmeinung einholen, um einen übereilten oder fehlerhaften Eingriff zu vermeiden. Bislang hat etwa jeder dritte Patient, der sich eine Zweitmeinung eingeholt hat, auf eine Knie-Operation verzichtet“, sagt Heike Sander, Landesgeschäftsführerin der BARMER GEK Niedersachsen und Bremen.

Teledoktor vermittelt bei Bedarf an den Knie-Spezialisten

Vor einem Eingriff können sich die Versicherten erst beim BARMER GEK Teledoktor, der der Schweigepflicht unterliegt, beraten lassen. Bei Bedarf vermittelt der Teledoktor den Patienten zu einem renommierten Knie-Spezialisten. Dies erfolgt etwa nach Rissen des vorderen Kreuzbandes mit Begleitverletzungen wie Meniskus- und Knorpelschäden und bei kindlichen Knieverletzungen. Der Knie-Experte ermöglicht in der Regel binnen 14 Tagen den Zweitmeinungstermin, sichtet bisherige Befunde und Therapieempfehlungen und berät den Betroffenen über Behandlungsoptionen. BARMER GEK Versicherte erreichen den Teledoktor unter der Rufnummer 0800 45 40 250*

* Anrufe aus dem deutschen Fest- und Mobilfunknetz sind kostenfrei.

Ausgabe 1 / Februar 2016

Inhalt

- Ú Jeder dritte Patient verzichtet auf Knie-OP
- Ú Gesundheitspolitische Schwerpunkte der Bremischen Bürgerschaft
- Ú Das neue Präventionsgesetz: Diskussionsabend in Bremen
- Ú Veranstaltungstipp: Schmerztherapie am Beispiel der Kopfschmerzprävention bei Kindern am 13. April in Hannover

Kontakt:

Michael Erdmann
michael.erdmann@barmer-gek.de
Telefon: 0800 33 20 60 56 30 05
Fax: 0800 33 20 60 56 32 91
Mobil: 0160 90 45 69 77

Ú www.weiter-gesagt.de

BARMER GEK

Renommierte Experten stehen für Zweitmeinung zur Verfügung

Für Niedersachsen und Bremen hat die BARMER GEK im vergangenen Jahr entsprechende Verträge mit Prof. Dr. Djordje Lazovic, Direktor der Klinik für Orthopädie und Spezielle Orthopädische Chirurgie im Pius-Hospital Oldenburg und Dr. Markus Tröger, Leitender Arzt der Klinik go:h in Hannover, abgeschlossen. „Aus unserer täglichen Arbeit mit Patienten wissen wir, dass es nach einer Erstdiagnose oftmals zu Verunsicherungen kommen kann. Eine zweite qualifizierte ärztliche Meinung kann eine zusätzliche Unterstützung sein. Das schafft Sicherheit und Vertrauen“, sagt Prof. Dr. Lazovic.



„Eine zweite qualifizierte ärztliche Meinung kann eine zusätzliche Unterstützung sein. Das schafft Sicherheit und Vertrauen“

Prof. Dr. Djordje Lazovic

Gesundheitspolitische Schwerpunkte Bremische Bürgerschaftsfraktionen und ihre Ziele

Das neue Jahr 2016 läuft politisch bereits wieder auf Hochtouren. Wir blicken auf die gesundheitspolitischen Schwerpunkte der Bremischen Bürgerschaftsfraktionen. Uns interessiert, welche Themen sich die Sprecherinnen und Sprecher im neuen Jahr, aber auch für die recht frische Legislaturperiode insgesamt vorgenommen haben. Viel Freude bei der Lektüre!

SPD, STEPHANIE DEHNE, MITGLIED DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT, GESUNDHEITSPOLITISCHE SPRECHERIN DER SPD-FRAKTION LAND BREMEN:

„Wir sind davon überzeugt, dass ein gutes Gesundheitssystem solidarisch organisiert sein muss. Deswegen setzen wir uns weiterhin für eine Bürgerversicherung ein, die alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen umfasst. Für uns steht fest: Alle Menschen müssen ohne Ansehen ihrer Herkunft, sozialen Schicht, ihres Status oder ihres Alters und Geschlechts einen gleichberechtigten Zugang zu hochwertiger medizinischer Versorgung und Gesundheitsangeboten haben. Einen besonderen Fokus legen wir dabei auf vorbeugende und Gesundheitsförderangebote. Wir wollen daher mit dem neuen Präventionsgesetz gemeinsam mit allen Beteiligten insbesondere in den Quartieren, in den Kitas, den Schulen und im Arbeitsleben ansetzen und zudem die Einrichtungen der Altenhilfe einbeziehen. Wichtig sind dabei auch Programme zur Verhaltensprävention zum Abbau der gesundheitlichen Folgen sozialer Benachteiligung – etwa durch Bewegungsförderung, Angebote zum Thema gesunde Ernährung und durch eine allgemeine Stärkung der gesundheitlichen Kompetenz.“



Stephanie Dehne, SPD

GRÜNE, DR. KIRSTEN KAPPERT-GONTHNER, MITGLIED DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT, GESUNDHEITSPOLITISCHE SPRECHERIN DER GRÜNEN-FRAKTION IM LAND BREMEN:

„Eine kluge Gesundheitspolitik setzt bei der Gesundheit der Bevölkerung an: durch Prävention und Gesundheitsförderung. Das bevorstehende Präventionsgesetz schafft hierzu Möglichkeiten, die Bremen nutzen sollte. Dazu müssen lebensweltbezogene Maßnahmen in den Quartieren genauso gehören wie gesundheitsbezogene Verbesserungen im Arbeitsbereich. Gesundheit hat viel mit individuellen Faktoren zu tun, aber der Staat muss günstige Rahmenbedingungen schaffen. Bewegungsförderung beginnt mit guten Fuß- und

Radwegen; die Freude an gesunder Ernährung wird in Kitas und Schulen mit gutem und gesundem Essen gefördert; Lärmschutz und reine Luft reduzieren Atemwegs- und Herzerkrankungen. Sozialer Zusammenhalt und Kontakte im Quartier sind gut für die Gesundheit.

Insbesondere seelische Erkrankungen nehmen seit Jahren zu. Die Förderung der seelischen Gesundheit ist uns ein wichtiges Anliegen. Angefangen von Strategien in Kita und Schule, über Maßnahmen am Arbeitsplatz bis hin zu der Notwendigkeit, das Versorgungsangebot für Menschen, die bereits psychisch erkrankt sind, in Bremen und Bremerhaven zu verbessern.

Gesundheit fängt am Anfang an. Seit diesem Sommer liegen die „Bremer Empfehlungen zur Förderung der natürlichen Geburt“ vor. Die Kaiserschnitt-rate liegt bundesweit über den Empfehlungen der WHO. Hier will Bremen vorangehen und die Kaiserschnitt-rate auf das medizinisch notwendige Maß reduzieren und die natürliche Geburt fördern. Das ist gut für Mutter und Kind. Alte Menschen benötigen häufig besonders intensive medizinische und pflegerische Angebote – in den kommenden Jahren wollen wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, dieses Angebot in den Quartieren besser zu vernetzen und zu verbessern. Insbesondere für Menschen mit Demenzen muss die Versorgung, auch in den Krankenhäusern, verbessert werden.

Alle medizinischen und pflegerischen Angebote müssen immer vom Menschen her gedacht werden. Dafür ist eine Einbeziehung der Nutzerinnen und Nutzer der Angebote in die Planungen notwendig.

Gesundheitspolitik ist mehr als Krankenhauspolitik, aber sie ist auch Krankenhauspolitik. Um die Bevölkerung gut und angemessen versorgen zu können, müssen die vier GeNo-Kliniken auf sichere Beine gestellt werden. Dafür braucht es eine Medizinstrategie, die sicherstellt, dass die Bevölkerung die medizinischen Angebote erhält, die notwendig sind. Doppelstrukturen müssen abgebaut und fehlende Angebote aufgebaut werden. Dafür ist die Kooperation aller Krankenhäuser in Bremen, egal in welcher Trägerschaft, notwendig. Gesundheit und Krankheit lassen sich nicht nach Landesgrenzen ordnen – wir benötigen eine gemeinsame Versorgungsplanung für Bremen und das niedersächsische Umland.“

CDU, RAINER BENSCH, MITGLIED DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT, GESUNDHEITSPOLITISCHER SPRECHER DER CDU-FRAKTION IM LAND BREMEN:

„Patientinnen und Patienten in Bremen und Bremerhaven brauchen auch in Zukunft eine qualitativ hochwertige, bedarfsgerechte und wohnortnahe ambulante und stationäre Versorgung. Aus meiner Sicht ist es Aufgabe der Politik, genau das auch zukünftig zu gewährleisten: Deshalb möchte ich mich auch weiterhin für die Sanierung und den Erhalt des kommunalen Klinikverbundes Gesundheit Nord (GeNo) und seiner vier Standorte in der Stadtgemeinde Bremen einsetzen. Die Sanierung wurde vom rot-grünen Senat bisher aber weder mit der notwendigen Konsequenz noch mit dem gebotenen Tempo vorangetrieben. Ich mache mir deshalb auch Sorgen um den Erhalt der Arbeitsplätze in den Krankenhäusern.

Bei der Planung des Teilersatzneubaus (TEN) am Klinikum Bremen Mitte sind dem rot-grünen Senat darüber hinaus von Anfang an schwere Fehler unterlaufen. Diese haben zu einer Kostensteigerung in Millionenhöhe und Jahre an zeitlicher Verzögerungen geführt. Das Missmanagement beim TEN belastet den Klinikverbund (GeNo) und letztendlich auch den Bremer Steuerzahler schwer. Der TEN muss in den nächsten Jahren mit großer Sorgfalt und ohne weitere Kostensteigerungen fertig gestellt werden.



Dr. Kirsten Kappert-Gonther, Grüne



Rainer Bensch, CDU

Ihren Ansprechpartner Politik im Land, Leif Weinel, erreichen Sie unter leif.weinel@barmer-gek.de

oder

Tel. 0800 33 20 60 56-3055

Besonderes Augenmerk möchte ich auch auf das Thema gesundheitliche Versorgung und Vorsorge legen. Für mich als Diplom-Pflegewirt steht fest, dass wir die Pflegeberufe erheblich aufwerten müssen, um auch in Zukunft hochwertige Pflege gewährleisten zu können. Ich setze mich dafür ein, dass in Bremen und Bremerhaven mehr Hospiz- und Palliativplätze geschaffen werden. Kinder und Jugendliche sind im Land Bremen leider häufig von Armut betroffen. Das hat auch gesundheitliche Folgen. An dieser Stelle gilt es präventiv einzugreifen, um allen Kindern gleiche Gesundheitschancen einzuräumen. Die rot-grünen Legalisierungspläne illegaler Rauschmittel in Bremen halte ich auch unter dem Aspekt des Kinder- und Jugendschutzes für unverantwortlich. Sie können durch frühen Konsum deutliche Schäden davontragen. Auch Drogenhaushalte, in denen Kinder und Jugendliche leben, möchte ich stärker kontrolliert wissen.“

FDP, DR. MAGNUS BUHLERT, MITGLIED DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT, GESUNDHEITSPOLITISCHER SPRECHER DER FDP-FRAKTION IM LAND BREMEN:

„Das Gesundheitswesen muss insgesamt effektiver gestaltet werden und seine Mitarbeiter in die Lage versetzen, den einzelnen Patienten und dessen Versorgung in den Mittelpunkt zu stellen. Wir setzen uns für eine effiziente und qualitativ hochwertige Vorortversorgung in den Oberzentren Bremerhaven und Bremen ein. Dabei muss die wohnortnahe ärztliche Versorgung durch freiberufliche Ärzte erhalten bleiben.

Angesichts der Umbruchphase, in der sich die Krankenhauslandschaft derzeit bundesweit befindet, wächst auch in Bremen und Bremerhaven der Handlungsbedarf, die Krankenhausstrukturen anzupassen. Die Krankenhausplanung ist Aufgabe des Landes Bremens, die es mit Niedersachsen zu koordinieren gilt. Für die städtischen Bremer Krankenhäuser brauchen wir ein Konzept, das dauerhaft tragfähige Strukturen schafft. Eine dem Bedarf angepasste Versorgung auf verschiedenen Leistungsebenen (Grund-, Regel-, Schwerpunkt- und Maximalversorgung) muss gewährleistet werden. Die Kliniken gilt es dabei, von Doppelbürokratie zu befreien.

Alle Bürger haben ein Recht auf gute Gesundheitsversorgung und Teilhabe am medizinischen Fortschritt – unabhängig von ihren finanziellen Möglichkeiten, ihrer persönlichen Lebenslage, ihrem gesundheitlichen Risiko oder ihrem Alter. Zentrale Aufgabe der Politik vor Ort ist es, die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen und Qualitätsorientierung, Versorgungssicherheit, Wettbewerb, Transparenz und Wahlfreiheit der Patienten zu gewährleisten.“

LINKE, PETER ERLANSON, MITGLIED DER BREMISCHEN BÜRGERSCHAFT, GESUNDHEITSPOLITISCHER SPRECHER DER FRAKTION DIE LINKE IM LAND BREMEN:

„Angesichts der bevorstehenden Aufstellung der Haushalte für die Jahre 2016/2017 stellen sich für die Linksfraktion folgende Themen und Schwerpunkte: Aus Sicht der Linken ist und bleibt die kommunale Trägerschaft der GESUNDHEIT NORD elementar. Denn nur kommunale Kliniken sind Teil der sozialstaatlichen Daseinsfürsorge und garantieren somit eine qualitativ hohe und wohnortnahe Gesundheitsversorgung für Arm und Reich. In Fragen der medizinisch-pflegerischen Entwicklung sollten kommunale Kliniken eine Leuchtturm-Funktion in Mitten der anderen Klinik-Trägerschaften (freigemeinnützig, private oder konfessionelle) einnehmen. Entscheidend ist dafür, dass die Kommunen ihrer gesetzlichen Verpflichtung der Investitionsfinanzierung nachkommen, was Bremen bislang verweigert. Gefährliche Sanierungsstaus an den Kliniken und voreilige Umstrukturierungen wie sie für das Klinikum Bremen-Ost drohen, sind die Folge.



Dr. Magnus Buhkert, FDP



Peter Erlanson, Linke

In einer Stadt wie Bremen, wo die Kluft zwischen Arm und Reich seit Jahren wächst, muss unser Augenmerk, auch gesundheitspolitisch, besonders auf den Menschen und den Stadtteilen liegen, in denen die Armut am größten ist. Sowohl Haus- als auch FachärztInnen, insbesondere PsychotherapeutInnen müssen in allen Stadtteilen gut erreichbar sein. Aktuell drängt natürlich die Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung der Menschen, die als Flüchtlinge zu uns nach Bremen kommen. Viele Menschen haben traumatische Erfahrungen gemacht in ihren Heimatländern, die oftmals aufreibende Flucht hat sie ausgezerrt und geschwächt. Ein deutlicher Ausbau der psycho- und traumatherapeutischen Angebote ist dringend notwendig, besonders für Kinder und Jugendliche. Hier muss eine dauerhafte Finanzierung entsprechender Einrichtungen garantiert werden. Sozialpsychiatrische und psychotherapeutische Angebote dürfen nicht zusammengespart werden.“

Diskussionsabend in Bremen

Das neue Präventionsgesetz



Durch das neue Präventionsgesetz stellen die Krankenkassen jährlich sieben Euro pro Versicherten für die Präventionsarbeit zur Verfügung gestellt. „Dieses Mehr an Geld ist für einen verstärkten Ausbau der Leistungen von Krankenkassen im Bereich der lebensweltbezogenen Prävention, beispielsweise im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung bestimmt“, so Heike Sander (l.). Was das Gesetz für Bremer Strukturen bedeutet, referierte Bremens Gesundheitssenatorin Prof. Dr. Eva Quante-Brandt (r.), bei einem Diskussionsabend am 14.12.2015 in Bremen. Danach stellte Thomas Altgeld das Präventionsgesetz aus Sicht der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e. V. vor.



VERANSTALTUNGSTIPP:

Ich möchte Sie herzlich vorab zu unserer Fachtagung „Kindergesundheit weiter gedacht: Schmerztherapie am Beispiel der Kopfschmerzprävention bei Kindern“ am 13. April im hannoverschen Tagungshaus St. Clemens einladen. Gemeinsam mit Experten wie Prof. Dr. Michael Frosch, Klinik Datteln, möchten wir uns über die bedarfsgerechte Schmerzversorgung austauschen. Nähere Informationen lassen wir Ihnen noch zukommen.

Ihre
Heike Sander

© Bildnachweis
BARMER GEK, Parteien in der Bremischen Bürgerschaft

Haben Sie Fragen zur STANDORTinfo, Anregungen oder Themenwünsche für kommende Ausgaben? Schreiben Sie uns:

↳ presse.niedersachsen_bremen@barmer-gek.de

↳ www.twitter.com/barmer_gek_niedersachsen_bremen

Mehr Infos zur BARMER GEK:

↳ www.barmer-gek.de/presse - Aktuelle Meldungen, Service-Themen, Reporte

↳ www.barmer-gek-magazin.de - Die Mitgliederzeitschrift der BARMER GEK als E-Magazin